

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 378
Thema: Glietsch / Gewalt im ÖPNV

Redaktion: Gina Schmelter
Datum: 4. November 2008

WANSNER: GLIETSCH UND KÖRTING KAPITULIEREN VOR GEWALT IM ÖPNV

Der Innenexperte der CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER**, erklärt:

„Es ist nicht das erste Mal, dass Polizeipräsident Glietsch Gewalt klein redet. Alljährlich erleben wir es rund um den 1. Mai. Wir erleben es nach Brandanschlägen auf Autos, bei denen bereits in diesem Jahr mehr als 70 Fahrzeuge zerstört wurden. Laut Glietsch hätten die Halter von teuren Fahrzeugen die Brandstifter provoziert. Das Recht auf Unversehrtheit des Eigentums spielt offenbar keine Rolle. Seit einigen Wochen erleben wir Glietschs Verharmlosungen, wenn es um Gewalt im öffentlichen Personennahverkehr geht. Der Polizeipräsident scheint zu vergessen, dass die Sicherheit der Menschen in erster Linie Aufgabe des Staates und damit auch Aufgabe der Polizei ist – also der Behörde, der er vorsteht. Gleiches gilt für Innensenator Körting, der sich aus der Debatte ganz heraushalten will.

Glietsch und Körting suchen stattdessen die Verantwortlichen an anderer Stelle. Bei der Gewalt im öffentlichen Personennahverkehr ist es ihrer Ansicht nach allein die BVG, die für die Sicherheit von Mitarbeitern und Fahrgästen sorgen muss. Laut Medienberichten unterstellt Glietsch sogar der BVG eine Mitschuld an der zunehmenden Brutalität gegenüber Busfahrern. Seine Schlussfolgerung: Wenn die Fahrgäste nicht zur Fahrscheinkontrolle am Busfahrer vorbei müssten, gäbe es weniger Konfliktsituationen. Es kann nicht sein, dass der Polizeipräsident das Schwarzfahren erleichtert, indem das Betreten der Busse wieder über die hinteren Türen möglich sein soll. Glaubt Herr Glietsch ernsthaft, dass die Gewalt dadurch verschwindet? Mit diesem Vorstoß zeigt er einmal mehr, dass er kein Konzept hat und vor der Gewalt kapituliert.

Mitarbeiter und Fahrgäste haben ein Recht auf ein Höchstmaß an Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr. Die CDU-Fraktion fordert deshalb BVG, Politik und Polizei auf, gemeinsam ein Bündel von Maßnahmen zu schnüren. Wir bleiben bei unserer Forderung, dass dazu auch die Wiedereinführung der Doppelstreifen aus je einem BVG-Mitarbeiter und einem Polizisten gehören muss. Zudem muss endlich das einzige Ergebnis des Runden Tisches umgesetzt werden, dass uniformierte Justizvollzugsbeamte kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren dürfen. Auch dies würde die Sicherheit erhöhen.“